

# Osthavelländisches Kreis-Blatt.

Zweiter Jahrgang.

Das Blatt erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend und kostet vierteljährlich 6 Sgr., wofür es durch alle Postämter zu beziehen ist. Inserate werden mit 1 Sgr. pro Zeile berechnet und beim Secretair Brandenburg zu Nauen, sowie in der Buchdruckerei zu Potsdam, Lindenstraße Nr. 18, angenommen, müssen jedoch jedes Mal spätestens bis Dienstag und Freitag Mittag um 12 Uhr in der genannten Druckerei eintreffen.

Nr. 43.

Nauen, den 29. Mai

1850.

## Ämtlicher Theil.

Den Jägern Christian August Philipp Dalchow und Joachim Friedrich Wilhelm Wagenschütz zu Wagenitz ist auf den Antrag des Barons von Bredow durch das Königliche Landraths-Amt zu Rathenow die Befugniß beigelegt worden, Behufs Ueberwachung der Forstreviere zu Wagenitz und im Zooken in den im Gesetz vom 31. März 1837 (Amtsblatt pagina 152) bestimmten Fällen von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Dies bringe ich für die angrenzenden Ortschaften diesseitigen Kreises hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die gedachten Jäger, um Jedermann kenntlich zu sein, einen Hirschfänger-Leibgurt mit Silberschild,

worauf sich das von Bredow'sche Wappen befindet, tragen werden.

Nauen, den 25. Mai 1850.

Königl. Landraths-Amt.  
Wolfart.

v. c.

### Marktpreise vom 25. Mai 1850.

Der Scheffel	Waizen	2 Thl.	— Sgr.	— Pf.	auch 1 Thl.	28 Sgr.	9 Pf.
"	Roggen	1	= 5	= —	"	1	= 3 = 9
"	Gerste	—	= 26	= 3	"	—	= — = —
"	Hafer	—	= 26	= 3	"	—	= 25 = —
"	Erbsen	1	= 8	= 9	"	—	= — = —
"	Kartoff.	—	= 15	= —	"	—	= 14 = —

## Nichtamtlicher Theil.

### Beitrag.

**Inland.** — Auf die festlichen Tage des Fürstencongresses zu Berlin, die die Welt in dieser Art noch nie gesehen hat: wo ein König der geschmackvolle und sinnreiche Wirth, der geistreiche und beredte Vorsitzende bei den Berathungen und der treue Hüter und sichere Bürge der Ausführung gegebenen Wortes und gefaßter Beschlüsse ist: — an diese Tage reihte sich am 18ten d. M. die Feier der Vermählung Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Charlotte, Tochter Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen, mit Sr. Hoheit dem Erbprinzen Georg von Sachsen-Meiningen. Sie wurde mit den üblichen Feierlichkeiten und königlicher Pracht vollzogen, und nur das trübte den heitern Eindruck des Ganzen, daß der Vater der hohen

Braut, wegen einer Beschädigung am Fuße beim Aussteigen aus dem Wagen, nur wenig an der Feier Theil nehmen konnte.

Und welch' ein Ereigniß knüpfte sich an all' dies Schöne? Am 22sten d. M. wollte Se. Majestät und die ganze königliche Familie den Sommeraufenthalt in Potsdam nehmen. Der König und die Königin waren auf dem Bahnhofe zu Berlin und wollten abfahren. Der König tritt aus seinem Zimmer auf den Gang, wo man einsteigt. Ein Mensch, in einen Officier-Mantel gehüllt, nähert sich ihm bis auf 5 Schritt und schießt ein Pistol, mit einer Kugel geladen, auf Se. Majestät ab. Leider trifft er den theuren König am rechten Unterarm, die Kugel reißt eine 2 Zoll lange und tiefe Wunde, jedoch glücklicher Weise ohne bedeutende Pulsadern und wichtigere Nerven zu verletzen. Der betäubende Schreck des edlen Königspaares ist unbeschreiblich; er

theilt sich, wie vom Sturmwind getragen, der ganzen Stadt Berlin mit. Er fliegt durch alle Straßen; Alles rennt und forscht und fragt, Jeder will wissen, ob auch das Leben des Königs erhalten sei? Die Bestürzung und Theilnahme ist groß und allgemein.

Inzwischen wird Se. Majestät auf dem Bahnhofe verbunden und kehrt nach Charlottenburg zurück. Der bisherige Verlauf der Wunde ist zwar schmerzvoll, aber anscheinend ohne Gefahr. Gebe Gott seinen Segen dazu, daß des Königs Arm bald wieder stark und sein Herz wieder froh werde in dem Herrn!

Der ruchlose Thäter ist sogleich verhaftet; eine zweite geladene Pistole soll bei ihm gefunden, die abgeschossene aber nicht entdeckt sein.

Was ist aber zu dieser neuen Unthat zu sagen, die nun zum zweiten Male sich nach dem Leben des theuren Königs richtet? Am ehrenvollsten für das Preußenvolk ist's noch dann, wenn der Böfewicht ohne Mitschuldige dasteht; aber auch so ist's eine neue, sonst unerhörte Schmach für das Vaterland. Nicht die Hand des Königs allein, das Herz des ganzen Volkes ist getroffen; jedes preussische, jedes deutsche Herz blutet. In welchem Rande des Verderbens ein Volk steht, wenn solche Thaten unter ihm möglich werden, das sehen wir an den Franzosen. Aber woher das Alles? Die Menschen, die Völker sind von Gott abgefallen und seiner ewigen Ordnung und Zucht; sie glauben nicht mehr an Jesum Christum und seine Kirche, sie ist ihnen gleichgültig geworden sammt dem Herrn, der ihr Haupt ist; darum achten sie auch den König und sein geheiligtes Haupt für nichts mehr und wissen nicht, daß sie eben dadurch auch sich selbst für nichts achten und jeder Willkür und jedem Elend sich muthwillig preisgeben. Wo will das anders hinaus, als daß der Herr dreinschlagen muß mit seinen Gerichten! M.

## M e d e

des Abgeordneten v. Bodelschwingh (Berlin).

Schalten

in der zehnten Sitzung des Volkshauses zu Erfurt,  
am 13. April 1850.

(Schluß.)

Sie haben diese Entschiedenheit dadurch bethätigt, daß sie einen Paragraphen in ihre Verfassung aufnahmen, welcher den König ermächtigte, eintretenden Falls die preussische Verfassung nach der deutschen Reichsverfassung abzuändern; ja, die Kammern haben erklärt, daß dieser Paragraph auf diejenigen Beschlüsse zu beziehen sei, welche dieses Parlament mit den Regierungen zum Abschluß bringen werde. Die Kammern sind weiter gegangen: Sie haben der Regierung im Voraus die Mittel bewilligt, um,

wenn es Noth thäte, den von ihr betretenen Weg mit den Waffen in der Hand vertheidigen zu können. (Rauschendes Bravo und Beifallklatschen auf der Linken und im linken Centrum.) Es ist dieser Beschluß von den Kammern mit einer Einmüthigkeit gefaßt worden, wovon kaum ein Beispiel nachzuweisen sein möchte. Und jetzt könnte noch die Frage aufgeworfen werden: ob wir die gebotene Verfassung acceptiren wollen oder nicht? Könnten wir denn dem preussischen Volke, welches durch seine Kammern gesprochen, ein solches Dementie geben? Meine Herren! für mich und alle preussischen Deputirten, glaube ich, ist diese Frage entschieden. (Lebhaftes Bravo auf der Linken und im linken Centrum.)

Fragen wir nun aber weiter: sollen wir bedingt oder unbedingt acceptiren? so steht meines Erachtens so viel fest, daß eine bedingte Acceptation, eine Erklärung, welche die Annahme der Verfassung von bestimmten Abänderungsvorschlägen abhängig macht, eigentlich keine Acceptation ist (Stimmen im linken Centrum: Hört, hört!) und daher muthmaßlich nicht zu dem vorhin bezeichneten Ziele führen wird. Denn, da die Regierungen ausdrücklich die Verabredung getroffen haben, daß sie nur an den unveränderten Verfassungsentwurf gebunden sein wollen, Abänderungen derselben aber allseitiger Zustimmung bedürfen, so geht wenigstens unwidersprechlich daraus hervor, daß eine solche Erklärung die Union möglicher Weise auflösen oder doch, und das möchte der wahrscheinliche Fall sein, in ihren Bestandtheilen wesentlich reduzieren könnte, indem eine Anzahl der Regierungen diese Bedingungen acceptirt, eine andere Anzahl sie verwirft und, indem sie dies thut, aus dem Bündnisse hinaustritt. (Stimmen auf der Linken und im linken Centrum: Hört, hört!) Ich bemerke dabei, daß es nicht, wie vorhin ausgesprochen, nöthig ist, bei denjenigen Regierungen, welche für diesen Fall austreten möchten, eine böswillige Absicht vorauszusetzen. Warum das? Es könnten ja wirklich Bedingungen gestellt sein, die ihnen nicht conveniren; es könnten einzelne Staaten die Acceptation des Bündnisses, nachdem sie rechtlich ihres Wortes entbunden, mit der abgeänderten Verfassung nicht mehr annehmbar finden. (Stimmen im linken Centrum: Hört, hört!) Ich finde in einer solchen Besorgniß keinen Beweis des Mißtrauens. Doch die Sache steht noch anders; ganz abgesehen von den finstern Gerüchten, mit welchen man sich trägt, müssen wir uns erinnern, daß zwei Regierungen ihren Willen bekundet haben, auszutreten, und durch eine solche bedingte Acceptation offenbar ihrer Verpflichtung entlassen würden, wobei ich wiederholt darauf aufmerksam machen muß, daß der Verwaltungsrath solche durch eine Klage nöthigen will, in dem Bündnisse zu bleiben, und wir daher mit den Regierungen in Widerspruch treten würden, wenn wir einen Beschluß faßten, welcher sie rechtlich aus dem Bunde entließe. Nun ist zwar mehrfach hervorgehoben, daß an der Festhaltung solcher widerstrebenden Bundesgenossen wenig gelegen sei. Es sind gestern Gründe angeführt worden, um diese Ansicht zu

widerlegen, die ich nicht wiederhole. Einen aber muß ich hinzufügen, von dem ich glaube, daß es der wichtigste ist, nämlich den Grund, daß es bei einem solchen Rücktritt doch nicht immer feststeht, ob die Erklärung wirklich den freien Willen der Regierung ausdrückt. Zum Beweise mache ich nur darauf aufmerksam, daß nach dem Urtheil höchst achtbarer und wohlunterrichteter Männer in einem der abgefallenen Länder nur die Demokratie, welche im Bundesstaat ihren größten Feind erblickt, und fremder neidischer Einfluß es sind, welche das Land aus dem Bündniß entfernen. (Zuruf von der Linken: Hört, hört!) Wenn nun zu den übrigen Bänden, oder wie sie es nennen wollen, die dies Land bereits an uns fesselt, auch diejenigen des entschiedenen Rechts kommen, dann wäre es wohl möglich, daß dies genügen möchte, dasselbe auch ohne förmlichen Urtheilspruch in das Bündniß zurückzuführen. Darum kann ich nicht anerkennen, daß es gleichgültig sei, durch unsern Beschluß den Rechtsbestand aufzuheben. Ich untersuche nicht, was geschehen wird, um dem Rechte Geltung zu verschaffen; — das ist nicht Sache des Parlaments, es ist Sache der künftigen Executiv-Gewalt; der müssen wir sie anvertrauen. Für mich genügt es, wenn wir die rechtlichen Bände nicht gelockert haben.

Nun giebt es aber noch einen Mittelweg, welcher zuletzt von dieser Tribüne empfohlen worden ist. Nämlich den: Propositionen wegen Abänderungen zu stellen, die Erklärung der Regierungen zu erwarten und, wenn wir sie haben, dann von Neuem zu deliberiren, also uns in die Lage zurück zu versetzen, in der wir heute sind. Ich gestehe, daß auch dieser Weg zum Ziele führen könnte, aber wahrscheinlich auf sehr langsamere Weise; und wenn ich mich unter anderen Umständen zu diesem Wege hätte entschließen können, so erregt doch der dies fatalis, der 1. Juni, die gewichtigsten Bedenken. Ich weiß, daß, vieler äußeren Schwierigkeiten ungeachtet, der 20. März als Tag der Eröffnung des Parlaments zunächst deshalb gewählt ist, um uns Zeit zu lassen, in der Zwischenzeit bis zum 1. Juni die Sache zum Abschlusse zu bringen. Ob auf dem Wege, der hier empfohlen ist, dies Ziel in dieser Frist zu erreichen sei, das ist mehr als zweifelhaft. Daß aber, wenn am 1. Juni der Bundesstaat nicht wirklich durch Acceptation der Verfassung constituirte sei, es den Regierungen freistehen würde, zurückzutreten, erachte ich für ausgemacht; deshalb muß ich diesen Weg als fehlerhaft verwerfen, ich muß ihn als einen solchen bezeichnen, der uns nicht mit Gewißheit zum Ziele führt. Aus allen diesen Gründen kann ich Ihnen nur empfehlen, nach dem ersten Absatze des Antrages mit der Acceptation vorzuschreiten, und zwar mit der Acceptation des unveränderten Verfassungsentwurfs zu beginnen, darauf diejenige der Additionalacte folgen zu lassen, welche als integrierender Theil des Ganzen betrachtet werden muß, und eben so die Genehmigung des Antrages auszusprechen, welcher in der Eröffnungsbotschaft gestellt ist in Beziehung auf die Ausnahmeverhältnisse einzelner Staaten.

Ich komme zum zweiten Theil der Aufgabe des Parlaments. Derselbe besteht darin, daß wir die Abänderungsvorschläge, welche wir für nützlich erkennen, zur Kenntnißnahme der Regierungen und, soweit wir es vermögen, zur Geltung bringen. Ich habe schon erwähnt, daß ich diese Pflicht sowohl nach dem Wahl-Ausschreibungs-Patent, als nach der Eröffnungsbotschaft für eben so wesentlich halte, als die zuerst erörterte. Um nun gewiß zu sein, daß uns die Erfüllung dieser Pflicht nicht abgeschnitten werden könne, haben wir in dem gestellten Antrage sub 4 diesen Theil unserer Aufgabe mit aufgenommen und sind der Meinung, daß, indem wir diese vier Punkte in einem Antrage zusammenfaßten, auch die entsprechenden Beschlüsse nur zusammengenommen in das andere Haus, und eben so auch nur, wenn das andere Haus demselben beigetreten, zusammengengenommen an die Regierungen gelangen können, so daß den Regierungen gegenüber die Abänderungsvorschläge und die Acceptationen einen ungetrennten Act bilden. Damit ist meines Erachtens die Besorgniß derer abgeschnitten, welche glauben mochten, es könnte etwas dazwischen treten, welches uns nach der Acceptation verhinderte, auch den zweiten Theil unseres Berufes zu erfüllen.

Was nun die Abänderungsvorschläge selbst betrifft, so ist mehrfach hervorgehoben, daß namentlich den preussischen Deputirten die unbedingte Pflicht obliege, dafür zu sorgen, daß durch dieselben die Nothwendigkeit beseitigt werde, die preussische Verfassung in irgend einem Punkte zu alteriren. Meine Herren! Ich theile diesen Wunsch im vollsten Maße, wenn ich gleich nicht so weit gehe, das Gelingen des ganzen Werkes davon abhängig machen zu wollen; denn es ist in der preussischen Verfassung, wie erwähnt, der Fall vorgeesehen und der geeignete Weg vorgezeichnet, wie dann verfahren werden soll. Nichts desto weniger muß uns Allen dringend am Herzen liegen, daß wir eine solche jedenfalls höchst unangenehme Nothwendigkeit vermeiden, und ich gehöre zu denen, welche gewünscht hätten, in dieser Beziehung eine vollständige Garantie für alle Mitglieder dieses Hauses herbeischaffen zu können. Nachdem aber jetzt die Abänderungsvorschläge des Verfassungs-Ausschusses des Volkshauses vorliegen; nachdem wir wissen, daß dieselben mit denen des Staatenhauses wesentlich übereinstimmen; nachdem in denselben alle die Modificationen enthalten sind, welche nöthig erscheinen, um jede Aenderung der preussischen Verfassung zu vermeiden; nachdem diese Abänderungsvorschläge in den Ausschüssen mit großer Majorität gefaßt sind; nachdem ich voraussetzen darf, daß die preussischen Mitglieder dieses Hauses diesen Abänderungsvorschlägen gewiß mit voller Ueberzeugung beipflichten werden; nachdem ich in der Lage bin, hier dankbar anerkennen zu müssen, daß auch ein großer Theil derjenigen Mitglieder, welche dem preussischen Staate nicht angehören, in dieser Beziehung die vollkommenste Bereitwilligkeit der Mitwirkung zugesichert hat und diese gewiß ihr Wort halten werden: so habe ich die moralische Ueberzeugung gewonnen, daß die Vorschläge, welche darauf ge-

richtet sind, die große Majorität dieses Hauses erhalten werden. Ich wünschte, daß dies allen Mitgliedern dieses Hauses genügen möchte. Wenn es aber demnach sicher anzunehmen ist, daß wir diese Abänderungsvorschläge durch die Häuser bringen und sie somit an die Regierung zur Annahme gelangen werden, so hege ich auch die feste Ueberzeugung, daß ihre Acceptation an dem Willen der Regierung nicht scheitern werde; ich glaube nicht, daß eine einzige Regierung ein materielles Interesse haben sollte, diesen Theil der Abänderungsvorschläge zu verwerfen, und sollte irgend unter den Regierungen eine sein, was ich jedoch nicht voraussetzen will, welche es aus bösslicher Absicht thäte, so halte ich den preußischen Einfluß, gegenüber einer solchen Regierung, für vollkommen stark genug, diesen Widerstand zu brechen. (Bravo auf der Linken und im linken Centrum.)

Der politische Theil des Verfassungsentwurfs hat durch die Revision, wie sie in den Ausschüssen beider Häuser vernommen worden ist, keine sehr wesentliche Aenderung erlangt; es sind deren nur zwei, nämlich die Hinstellung des unbedingten Veto des Bundes-Oberhauptes und eine größere Sicherung des ordentlichen Budgets in Beziehung auf das Votum des Staatshauses. — Ich wünsche auch in dieser Beziehung den Beitritt der Häuser und eine Acceptation durch die Regierungen. Aber ich kann unmöglich auf diese einen solchen Werth legen, daß um ihren Willen und dadurch, daß sie als Bedingungen der Acceptation aufgestellt würden, das ganze Werk der Gefahr des Scheiterns ausgesetzt werden sollte. Ich habe mir, nachdem die Aenderungsvorschläge der Ausschüsse vorliegen, gesagt, daß höchst wahrscheinlich keine weit darüber hinausgehenden Anträge die Majorität des Hauses erhalten werden; ich habe ferner erwogen, daß, wenn man bei den Aenderungsvorschlägen weiter gehen, wenn man namentlich den politischen Theil in einer Weise umgestalten würde, wie dies von einigen Mitgliedern des Hauses für wünschenswerth gehalten wird, damit zugleich das Werk selbst zerstört werden würde; daß, wollten wir von vorn anfangen, eine materiell andere Verfassung zu schaffen, wir auf dem gewöhnlichen Wege der Vereinbarung mit den Regierungen abermals in einer Weise uns verirren würden, welche schwerlich ein Resultat erwarten ließe. Nachdem ich mir nun diese Chancen gegenübergestellt, nachdem ich erwogen, daß zwar durch die unbedingte Annahme der Verfassung möglicherweise auch die unveränderte Verfassung in's Leben treten könnte; daß aber eine sehr moralische Garantie dafür vorhanden sei, daß auch unsere Abänderungsvorschläge ihre Geltung erlangen würden; nachdem ich dieser somit unwahrscheinlichen Gefahr gegenüber die andere wahrscheinliche Gefahr mir vorgehalten, durch bedingte oder verspätete Annahme der Verfassung das ganze Werk zu verderben: so bin ich, eben so wie ich dies von den Regierungen voraussetzen muß, zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß die unbedingte, rasche, entschiedene Annahme der einzige Weg sei, mit welchem wir am sichersten das vermeiden können, was wir vermeiden wollen, nämlich den Untergang des ganzen Unionswerkes.

Ich habe mir die Unannehmlichkeiten vorgestellt, welche die unbedingte Annahme herbeiführen könnte; wenn ich ihr gegenüber aber die Chancen stelle, daß, nach den so entschiedenen Erklärungen Preußens und des preußischen Volkes, das von Preußen in gutem Glauben hochherzig begonnene Werk gänzlich scheitern sollte, zur Schadenfreude aller Preußenfeinde, zur Schadenfreude aller Feinde Deutschlands, und ich füge hinzu, gegenüber jenem Projekte, was gestern als eine Mißgeburt bezeichnet wurde: so schwindet jene Gefahr zu einer Kleinlichkeit. Das Scheitern des Werkes würde ich für ein Unglück halten, was Preußen lange nicht überwinden könnte, und zwar dann um so mehr, wenn es durch seine Schuld unterginge, und seine Schuld würde

es sein, wenn die Majorität der preußischen Deputirten das Mißlingen durch Unentschlossenheit herbeiführte. (Lebhaftes Bravo auf der Linken und im linken Centrum.)

Darum, meine Herren! empfehle ich Ihnen den Weg, wie er vorgezeichnet ist, und empfehle Ihnen denselben in der Ueberzeugung, daß wir damit im Wesentlichen von der Intention unserer Regierungen nicht abweichen werden. Denn ich frage Sie: wie kann es eine größere Deferenz, einen engeren Anschluß eines Parlaments an die Regierung geben, als wenn dasselbe den Regierungen sagt: wir nehmen Eure Propositionen an, wir nehmen sie verboten an; wir folgen aber auch Eurer Aufforderung und machen Aenderungsvorschläge, von denen wir die Ueberzeugung haben, daß sie es sind, welche Ihr wünscht; wir geben sie Euch unter dem Zusatz, daß Ihr davon annehmen und verwerfen könnt, was Ihr wollt. Ich frage wiederholt, ob ein Parlament sich willfähriger seinen Regierungen zeigen könne? (Lebhaftes Bravo auf der Linken und im linken Centrum.) Dem steht allerdings gegenüber, daß wir von den Vertretern der Regierung die Erklärung erhalten haben: sie könne uns den Weg nicht als denjenigen bezeichnen, der sicher zum Ziele führe. Meine Herren! ich suche das Ziel, und zwar auf dem sichersten Wege. Wir haben gehört, daß dieser Weg nicht sicher zum Ziele führe; Gründe dafür habe ich nicht vernommen. Man zeige mir einen andern Weg, der sicherer zum Ziele führt; man beweise diese Behauptung, so bin ich sehr bereit, auch diesen Weg zu gehen. (Bravo auf der Linken und dem linken Centrum.) Uebrigens, meine Herren, wird nun die Entscheidung des Hauses für den einen oder den andern Weg fallen; ist diese Entscheidung erfolgt, dann bitte ich alle diejenigen, welche das gleiche Ziel erstreben, wenn sie momentan keinen andern Weg offen sehen, nicht stehen zu bleiben oder umzukehren, sondern auf dem offenen Wege muthig und voll Vertrauen voranzuschreiten (sehr lebhaftes Bravo auf dem Centrum und der Linken); ich wenigstens werde den Weg gehen, den ich offen finde, es sei nun der meinige oder ein anderer; ich werde ihn gehen in dem festen Vertrauen: „Ist's Werk von Gott, so wird's bestehen; ist's Menschenwerk, dann wird's vergehen!“ (Lebhaftes, lang anhaltendes Bravo und Beifallklatschen auf der Linken und im linken Centrum.)

## Anzeigen.

Am Dienstag, den 4. Juni, Nachmittags 4 Uhr, wird in der St. Johanniskirche zu Spandow die jährliche Mißsionsfeier stattfinden.

Den Herren Wollproducenten, namentlich den Bauer-Guttsbesitzern mache ich hierdurch Anzeige, daß ich in diesem Jahre, wie früher, Wolle kaufe und die angemessensten Preise zahle, bemerke aber, daß es mir sehr wünschenswerth wäre, wenn die Fließe mit starkem Bindfaden gebunden sind.

J. S. Behrendt in Nauen,  
Judenstraße.

Ein Bursche rechtlicher Aeltern, der Lust hat, die Stubenmalerei zu erlernen, wird gesucht. Das Nähere zu erfragen in Potsdam in der Buchdruckerei, Lindenstraße Nr. 18, und in Nauen beim Secretair Brandenburg.